

Demokratie ist Arbeit Diskussion über Wirtschaft und Demokratie in Morschen



Im vollbesetzten Rathaussaal in Morschen diskutierte Prof. Dr. Wolfgang Schroeder mit dem Publikum und plädierte: „Das deutsche Wirtschaftsmodell braucht eine liberale, soziale Demokratie“.

Morschen. Die Politikverdrossenheit in Deutschland nimmt zu, immer mehr Menschen verlagern ihre Ansichten auf den rechten oder linken Rand des Spektrums. Um zu diskutieren, ob und wie man dem entgegenwirken kann, hatte die Gemeinde Morschen, gemeinsam mit dem Evangelischen Forum Schwalm-Eder, kürzlich zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion in den Rathaussaal Morschen eingeladen.

Unter der Überschrift „Das deutsche Wirtschaftsmodell braucht eine liberale, soziale Demokratie“ sprach Prof. Dr. Wolfgang Schroeder über die Lage im Land und den Wandel in der Gesprächskultur. In der bereits zweiten Veranstaltung zum Thema „Demokratie“ begrüßte zunächst Morschens Bürgermeister Roland Zobel die rund 70 Gäste im vollen Saal. „In meiner persönlichen Erinnerung hatten wir immer Demokratie – sie wurde auch stetig besser“, sagte er. Seit einiger Zeit stellten sich jedoch Fragen wie „Müssen wir den Gürtel enger schnallen?“ oder „Müssen wir etwas anpassen?“, beschrieb Zobel die Veränderungen aus seiner Sicht. „Hat die Demokratie ausgedient oder ist sie der Störfaktor“, formulierte er die offenbaren Fragestellungen der jüngsten Zeit. „Was müssen wir Demokraten tun, um diese Strömungen aufzuhalten“, richtete sich der Bürgermeister schließlich direkt ans Publikum. Anschließend stellte Moderator Pfarrer Dierk Glitzenhirn den Referenten des Abends vor, „Prof. Dr. Wolfgang Schroeder ist Professor an der Uni Kassel für das Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ und ist unter anderem Vorsitzender der Denkfabrik `Das Progressive Zentrum´ in Berlin“, sagte er, „er war Hochschullehrer in Frankfurt und in Harvard und von 2009 bis 2014 Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg“, ergänzte Glitzenhirn und übergab das Wort an den Gastredner.



Prof. Dr. Wolfgang Schroeder (Kassel/Berlin).

Kein ostdeutsches Phänomen

„Wir befinden uns im zweiten Rezessionsjahr in Folge, für die Wirtschaft hat das Auswirkungen bis in die industriellen Kernbereiche des Modell Deutschlands, wie etwa ganz aktuell bei VW“, beschrieb Prof. Dr. Schroeder die Ausgangslage. Zudem gewinne die AfD, zusammen mit neuen populistischen Kräften wie das BSW, zuletzt vermehrt bei Wahlen, fügte er hinzu. „Geopolitische Herausforderungen, sozial-ökologische Transformation und strukturbedingt schwächelnde Wirtschaft führen zu einem Erstarren der Rechten - die multiplen Krisen werden durch die Herbeiführung beziehungsweise Verstärkung von Deprivation zur Gefahr für die Demokratie und rechte Kräfte profitieren von den gesellschaftlichen Krisen, treiben diese aktiv voran und gefährden damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, formulierte der Politikwissenschaftler seine drei Thesen.

„Wir erleben seit längerem, dass sich viele ihre Kampfzonen suchen“, beschrieb er die Abkehr von einer gesunden Debattenkultur, „hier stößt eine Politik der Offenheit auf eine Politik der Geschlossenheit“. Dies sei jedoch kein Spezifikum für Ostdeutschland, machte er deutlich, sondern ein deutschland-, europa- und sogar weltweites Phänomen. „Die aktuelle Lage ähnelt der von vor 30 Jahren, auch damals gab es eine VW-Krise und die Zuwanderung wurde in Teilen der Bevölkerung als kritisch angesehen“, blickte Schroeder zurück. „Es herrscht Gewissheit über die notwendigen Schritte, etwa beim Klimawandel oder dem Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen“, sagte er, doch das brauche Zeit - gleichzeitig verändere sich die geopolitische Lage. „Die Investitionssumme in Deutschland liegt hinter dem europäischen Durchschnitt und neben der ökonomischen Krise gibt es noch zahlreiche andere Baustellen im Land“, so der Fachmann weiter. „Populisten bieten dazu vermeintlich einfache Lösungen, allen voran den Rückzug auf die nationale Ebene“, mahnte er. „Das Politbarometer zeigt zunehmend den Vertrauensverlust in die Politik und die Arbeit der demokratischen Parteien“, gab Schroeder zu Bedenken, in Hessen werde das unter anderem daran deutlich, dass bei Bürgermeisterwahlen die Mehrheit der Kandidaten als Parteilose anträten.

Anhand von zahlreichen Statistiken und Ergebnissen wissenschaftlicher Umfragen zeigte er auf, wie sich beispielsweise ungleiche Bezahlung in Ost und West oder auch zwischen den Geschlechtern darstellt, wie sich das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und in die Medien sowie die gefühlte politische Machtlosigkeit verändert hat oder wie sich der demografische Wandel auswirkt. „Die Subventionierung der Renten hat einen starken Anteil am Bundeshaushalt, am Ende bleibt zu wenig für wichtige Investitionen in die Zukunft“, bilanzierte Schroeder und stellte die derzeitige rigorose Schuldenbremse in Frage. Es nütze der nächsten Generation nichts, wenn sie schuldenfrei sei, aber alles andere in Schutt und Asche läge, beschrieb er plakativ die Folgen. Zudem bemängelte er, dass die Kommunen zu lange allein gelassen worden wären, „die meisten Probleme werden nicht in Berlin sondern hier vor Ort gelöst“, betonte er und sah in viele zustimmende Gesichter. Mit Blick auf die Rechtspopulisten warnte der Professor vor Fremdenfeindlichkeit und Abschottung gegen die Globalisierung, „das ist nicht gut für die Wirtschaft“, so seine Überzeugung. „Es nützt allerdings nichts, diese Debatte nur moralisch zu führen“, meinte er, vielmehr müsse man mit praktischen Lösungen punkten.



Demokratie vor Ort im Gespräch: Bürgermeister Roland Zobel und die Gemeindevertretung hatten zusammen mit dem Evangelischen Forum Schwalm-Eder eingeladen.

Zivilgesellschaft ist gefragt

Im Anschluss an den Vortrag meldeten sich zahlreiche Zuhörer:innen zu Wort - in der ersten Frage ging es um den Umgang mit Sozialen Medien. „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss reorganisiert werden, denn ohne ihn geht viel für unsere Demokratie verloren“, war sich der Wissenschaftler sicher. „Die sozialen Netzwerke sind jedoch ebenfalls wichtig, vor allem für Menschen, die sich nicht mit linearen Medien befassen“, betonte er, „allerdings sollte man möglichst früh den vernünftigen Umgang lernen, bestenfalls in der Schule“.

Social Media sei gut von Populisten nutzbar, ergänzte der Referent, daher sei eine demokratische Kontrolle nötig. „Müsste der Staat dabei nicht stärker tätig sein“, wollte eine Zuschauerin wissen, „wir haben bereits eine sehr sensible Rechtsprechung“, antwortete Schroeder, doch der Staat könne nicht alles kontrollieren, da sei eine noch stärkere Zivilgesellschaft gefragt. „Früher war ein Konflikt Grundlage einer konstruktiven Diskussion – heute beharrt jeder auf seine Position“, äußerte sich ein anderer Teilnehmer zur Ursache vieler Krisen.

„Für mich ist die demokratische Mitte das wichtigste Instrument der Krisenbewältigung“, machte Schroeder deutlich, „also sie alle hier“, nahm er die Anwesenden in die Verantwortung. Der Forderung nach einem AFD-Verbot erteilte der Politikwissenschaftler eine Absage – das würde verfassungsrechtlich scheitern, war er sich sicher. „Wir müssen in unserem sozialen Umfeld, wie Arbeitsplatz, Verein oder Alltag, mehr für die Demokratie arbeiten“, forderte Schroeder deshalb. Am Ende der weitreichenden und aufschlussreichen Fragerunde bedankten sich die Veranstalter gleichermaßen beim Publikum und dem Referenten – dieser gab abschließend noch den Rat: „Laden sie das nächste Mal noch ein bis zwei Schulklassen ein“.



Kommune und Evangelisches Forum Schwalm-Eder hatten eingeladen zum Diskussionsabend über Wirtschaft und Demokratie (v.l.):

Bürgermeister Roland Zobel, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder und Pfarrer Dierk Glitzenhirn sowie die Gemeindefraktionsvorsitzenden Sabine Knobloch (SPD) und Erwin Döhne (FDP).